

# Merseburger Kreisblatt.



Abonnementpreis: Vierteljährlich bei den Auslieferern 1,20 Mk., in den Verkaufsstellen 1 Mk., davon Porto 1,20 Mk., mit Beleggeld 1,20 Mk. Die einzelnen Nummern werden mit 15 Pf. bezahlet. — Die Expedition ist an Wochentagen von früh 7 bis abends 7, an Sonntagen von 9 bis 7 Uhr geöffnet. — Geschäftsstunden der Redaktion abends von 7 bis 9 Uhr. — Telefonamt 374.

Werbungsgebühren: Für die 6 gepaltene Korpuszeile oder deren Raum 20 Pf., für Rubricen in der ersten und Umgegend 10 Pf. Für vertriebs- und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung. Komplettierter Satz wird entsprechend höher bezahlet. 9 Zeilen und Bekleben aufrecht bei Inseratensatz 40 Pf. — Einnahme-Annoncen-Bureau nehmen Inserate entgegen. — Telefonamt 374.

## Tageblatt für Stadt und Land.

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikationsorgan vieler anderer Behörden.)

Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Kreis-Verordnungen ist ohne Genehmigung nicht gestattet.

Nr. 120. Dienstag, den 23. Mai 1911. 151. Jahrgang.

### Der Abschied des Kaiserpaars von London.

London, 20. Mai. Nach einstimmigem Urteil hier übertraf die den kaiserlichen Gästen bei ihrer Abreise heute nachmittag zuteil gewordene Abschiedsrezeption der Londoner ihren Empfang womöglich noch an Wärme und spontaner Herzlichkeit. Noch größere Menschenmassen als bei der Ankunft am vorigen Montag hielten den ganzen Weg vom Palast bis zum Victoria-Bahnhof besetzt. Als die königlichen Equipagen sich zeigten, wollte der Strom der „Surras“, „Lebewohls“, „Wiederkommen“ und anderer herzlicher Abschiedsrufe einfach kein Ende nehmen. Der König, die Königin, der Prinz von Wales, Prinzessin Mary, der Herzog von Connaught und andere Mitglieder der königlichen Familie begleiteten die scheidenden hohen Verwandten zum Bahnhof. Hier begaben sich die königlichen Herrschaften sofort auf den abgeperrten Bahnsteig, wo die Mitglieder der deutschen Botschaft und andere hervorragende Persönlichkeiten ihrer warteten. Der Kaiser und der König betraten den Bahnsteig zusammen in erster Unterhaltung, die Kaiserin und die Königin folgten ihnen. Der äußerst herzliche Abschied zwischen den hohen Verwandten fand im Salonwagen des königlichen Extrazuges statt. Der Zug dampfte um 3 1/2 Uhr unter den brausenden Hochrufen des entfernt stehenden Publikums aus dem Bahnhof. Die Kaiserin und Prinzessin Viktoria Luise winkten aus dem Salonfenster Abschiedsgrüße zu, und König Georg stand, harpünpig grüßend, auf dem Bahnsteig, bis der Zug außer Sicht war. In Port Vittoria, wo sie 4 Uhr 24 Min. eintrafen, wurden die kaiserlichen Herrschaften vom Höfchthommandierenden der Station, Admiral Murray, Vizeadmiral Prinz Louis von Battenberg und einem Stab von hohen Offizieren empfangen. Die königliche Marinegarde bildete die Ehrenwache auf dem Bahnhof. Die kaiserliche Familie begab sich sofort auf die an der Landungsbrücke liegende „Hohenzollern“, wo der Tee eingenommen wurde. Morgen früh fährt die „Hohenzollern“ junter Estord der englischen Zerstörer „Kale“, „Derwent“, „Ettrick“ und „Dee“ und des deutschen Kreuzers „Königsberg“ nach Wlissingen ab. Die heutigen Abendblätter widmen den scheidenden kaiserlichen Gästen äußerst warme Abschiedsworte. Der Evening Standard beginnt mit den deutschen Worten: „Auf Wiedersehen!“ und sagt, obwohl nur privater Natur, sei der Besuch des Kaisers von großer Bedeutung. Die kaiserlichen Besucher hätten zweifellos tiefen Eindruck auf das englische Publikum gemacht.

### Abreise des Kronprinzenpaares von Petersburg.

Jarstoj Selo, 20. Mai. Das kronprinzliche Paar ist heute 7 Uhr abends nach Kailisch abgereist, wo der Kronprinz die Parade über das 14. Heinerussische Dragoner-Regiment, das seinen Namen trägt, abnehmen wird. Zum Bahnhof begleiteten es der Jar, die Jarin Alexandra Fedorowna, die Großfürstinnen Olga und Tatjana Nikolajewna, der Hofminister und die höchsten Hofbeamten. Nach herzlichem, verwandtschaftlichen Abschied besaß das kronprinzliche Paar den Wagen des Sonderzuges. Am selben Zuge reisten der Ehrenpräsident, das eigene Gefolge und General Dauenstein, der bis Berlin mitfährt, ferner der deutsche Botschafter und der russische Militärattache in Berlin. Vormittags fand vor dem Großen Palast in Gegenwart des Zarenpaares, des Deutschen Kronprinzen und der Kronprinzessin eine glänzende Parade der Truppen der Garnison von Jarstoj Selo und Pawlowsk statt. Der Jar trug das Band des Schwarzen Adlerordens, der Kronprinz trug die Uniform des 14. Heinerussischen Dragoner-Regiments und Band und Kette des St. Andreasordens. Die Kaiserin Alexandra, die Kronprinzessin und der russische Thronfolger führen in einer Equipage a la Daumont. Das deutsche und russische Gefolge schloßen sich an. Die Truppen desillertien zweimal im Parade-marsch vorbei. Hierauf führte der Convoi des Zaren eine Dschigitowta aus. Von dem zahlreichen Publikum mit Zurufen begrüßt, begaben sich sodann das Zarenpaar und das kronprinzliche Paar zum Alexanderpalais, wo ein Familien-frühstück stattfand.

### Die Wandlungen in der fortschrittlichen Volkspartei.

Es entbehrt nicht des politischen Interesses, die überraschenden Wandlungen zu beobachten, die sich in der fortschrittlichen Volkspartei in Bezug auf ihre Stellung zur Agrarfrage und zur Frage der prinzipiellen Gewerbetreiberei vollzogen haben. Vor allem die Stellung einzelner fortschrittlicher Volksparteiler zur Agrarfrage kann in Erfassen liegen. Schon bald nach den letzten Reichstagswahlen, bei denen die fortschrittliche Volkspartei in ganz Ostelbien gegenüber den Konserverativen eine ge-

radezu vernichtende, hoffnungslose Niederlage erlitt, trat sogar im Berliner Tageblatt ein Fortschrittler, Herr Münsterberg aus Danzig, wenn wir nicht irren, dafür ein, daß die Freisinnigen ihre Stellung zu der Frage des Freihandels und Schutz-zolles revidieren möchten. Dann wurden fortschrittliche Reichstagsabgeordnete, darunter der freisinnige Renommiertbauer Fejter und Naumann, Paten bei dem neugegründeten ausgesprochenen schützöllnerischen „Deutschen Bauernbunde“. Und der fortschrittliche heftige Prediger Korrell gab sich, als er bei der Nachwahl in Alzen-Bingen kandidierte, als enragierter Schützöllner; wie er als solcher auch jüngst bei der Nachwahl in Gießen-Ridda-Grünberg auftrat. Jedoch derartige Stellungnahmen konnten immerhin noch als Ausnahmen erscheinen, welche nur die Regel bestätigen, daß die fortschrittliche Volkspartei an ihren freihändlerischen, landwirtschaftsfeindlichen Prinzipien festhalte. Jetzt aber mehren sich diese Ausnahmen so sehr, daß sie schon fast aufhören, Ausnahmen zu sein und anfangen, die Regel zu bilden. In ihrer Nummer 12 übernahm die demokratische „Welt am Montag“ aus der Deutschen Tageszeitung folgende Notiz:

In einer vor kurzem in Wittgenberg, Kreis Sperrtau, abgehaltenen Versammlung, in der der freisinnige Kandidat Bürgermeister Willems aus Sagan sein Programm entwarf, wurde die Frage vorgelegt, wie er sich zur „Schutzollpolitik“ stelle. Bürgermeister Willems erwiderte wörtlich, „theoretisch sei er für Aufhebung der Zölle, in der Praxis werde er aber, um Katastrophen zu vermeiden, für Beibehaltung der jetzigen Zollsätze stimmen.“ Auf den Hinweis, daß doch dieser Anspruch, ebenso wie die auf der Versammlung zu Klöpfchen, seitens des freisinnigen Kandidaten für den Kreis Glogau, Herrn Geheimen Justizrat von List gefallene Äußerung, „daß er erst dann für eine Herabsetzung der Getreidezölle stimmen werde, wenn seine ländlichen Wähler ihn kniefällig darum bitten würden“, im Widerspruch stehe mit dem Programm der freisinnigen Parteien, wonach ein allmählicher Abbau der landwirtschaftlichen und industriellen Zölle erfolgen solle, entgegnete der Parteifreier der freisinnigen Partei für Niederböhmen Midelet, 1. daß allerdings die schrittweise Aufhebung der Zölle im Parteiprogramm vorgesehen sei, das Programm aber nicht dazu da sei, um auf alle Fälle beachtet zu werden. 2. Bezüglich der Äußerung des Herrn Professor v. List in Klöpfchen erklärte er, daß der Redner diese Äußerung im Interesse seiner Wähler für notwendig erachtet habe.

Und das demokratische Blatt schrieb dazu: Also Herr v. List (fortsch. Reichstagsabgeordneter) stimmt für die Herabsetzung der Getreidezölle, wenn ihn seine ländlichen Wähler kniefällig darum bitten. Herr Willems (fortsch. Reichstagsabgeordneter) stimmt überhaupt nicht für Herabsetzung der Getreidezölle. Und Midelet (fortsch. Parteifreier) erklärt, daß das Programm seiner Partei dazu da sei, um nicht beachtet zu werden. Angenehme Zeit genossen, diese Herren Fortschrittler, wenn sie auf dem Lande agitierten! Wie wärs, wenn die Herren v. List, Achilles und Midelet (vielleicht unter Aufstizenz der ebenso schützöllnerischen Herren Korrell, Wagner-Tapias und Brodau-Chemnitz) sich einmal zummentäten, um im 1. Berliner Wahlkreise die Agrarzölle zu behandeln? Wie das die Wahlausfichten von Kampf steigern müßte!

Wir wollen also um himmelswillen nicht glauben, der kleine Landwirt sei an billigen Viehpreisen interessiert. Im Gegenteil: das Vieh ist sein hauptsächlichstes Erzeugnis. In ihm bringt er die Arbeit seiner Familie, die Früchte von Acker und Wiese, zu Fleisch veredelt, zu Markte. Es wird ebensowenig gelingen, den kleinen Landwirt zu überzeugen, er sei an niedrigen Fleischpreisen interessiert, wie sich ein Bankier oder Schuhmacher, er sei an niedrigen Provisionen, ein Beamter, er sei an niedrigem Gehalt interessiert. Wenn sich in Einzelfällen die Interessen verschiedener Bevölkerungsschichten nicht decken, wie augenblicklich bei denjenigen von Fleischproduzenten und Fleischkonsumenten, so ist es besser, den bestehenden Gegensatz zuzugeben und nach einem billigen Ausgleich zu suchen, als eine Harmonie konfirmieren zu wollen, an welche die nachteilig Beteiligten nicht glauben können, weil sie in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. So oft ähnliche agrarische Reherien in den Reihen der roten

„Genossen“ laut wurden, mußte die sozialdemokratische Partei ihrer noch immer auf das energischste Herr zu werden. Die fortschrittliche Volkspartei, in ihrer Grundhaftigkeit läßt die List, Achilles, Korrell usw. ungehindert genähren, und die „Freisinnige Zeitung“ freit es lieber, in einer Polemik mit der „Kreuzzeitung“, einfach mit eiserner Stirn ab, daß die Fortberungen des fortschrittlichen Programms von irgend einer Seite in der Partei irgendwie verneugnet würden, und muß sich dafür von der „Welt am Montag“ sagen lassen: „Zynischer kann man die Wahrheit nicht auf den Kopf stellen, als es hier von dem führenden Blatt des Fortschritts geschieht.“

Eine ähnliche Wandlung hat sich vollzogen in der Stellung der fortschrittlichen Volkspartei zur Handwerkerfrage, überhaupt zu den Gewerbetragen. Vor einigen Jahren schon hielt der fortschrittliche Schreinermeister Wieland aus Göttingen im Reichstags eine Rede, die allgemeines Aufsehen und Erfraumen erregte, weil sie — entgegen allen früheren fortschrittlichen Anschauungen — für staatliche Förderung des kleinen Handwerkers eintrat. Und jüngst hielt der Reichstagsabg. Dejer aus Frankfurt a. M., Hospitant der fortschrittlichen Volkspartei, eine Rede, in der er sich gegen „die Monopolisierung von Installationsarbeiten und Materiallieferungen bei den elektrischen Lieferlandzentralen durch einige wenige Großfirmen“ wandte. Darau erwiderte der Staatssekretär Dr. Delbrück: Eine so revolutionäre Rede auf dem Gebiete des Gewerbetragtes habe ich, so lange ich denken kann, noch nicht gehört. Was der Abg. Dejer betragt, ist zweifellos eine Folgeerscheinung unserer schrankenlosen Gewerbefreiheit, und was die verlangte Prüfung der Anfallsteuer anbelangt, was ist das anders, als die Einführung des Besteuerungsnochweises?

Und während der fortschrittlichen Rede kamen von der rechten Seite des Hauses hehre Brauos und Zurufe: „Sehr richtig!“, „Ganz ungeheuer!“ usw. Der konervative Abgeordnete Diederich hoch konnte feststellen, daß er vor 14 Jahren im Abgeordnetenhause eine Rede von völlig gleicher Tendenz gehalten habe, und der Zentrumsabg. Dr. Weyler konnte feststellen, sein Fraktionsfreund Hauser habe zwei Tage vorher im Reichstags in demselben Sinne gesprochen. Auch hier aber stellte die Partei sich an, als ob nicht die geringste Abweichung vom früheren Anschauungen Raum gegriffen habe.

Darüber könnten sich nun die Freunde der schaffenden Stände freuen, wenn diese Wandlungen im fortschrittlichen Liberalismus wirtschaftliche, aufrechte wären. Aber sie sind doch wohl bloß taktische. Der Liberalismus kennt ja doch keine festen Anschauungen, Grundbände, denen er treu bleibt, es komme, wie es wolle; er schmiegt sich allem an, was bei den breiten Massen populär ist. Wie hat er sich, unter Eugen Richter und Ludwig Bamberg, ganz folgerichtig gegen die Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung, überhaupt gegen alle „Sozialreform“, gestraubt, weil er gegen all das, schon da es von Bismarck, dem Gegner des Liberalismus, kam, von vornherein mißtraulich sein mußte, und weil er ferner in dem mit dieser Gesetzgebung verknüpften neuen größeren Beamtenapparat eine neue weitere Gefahr für den Liberalismus erblicken mußte. Sagt doch auch in dem oben erwähnten Aufsatze der „Hilfe“ (Nr. 11 d. Jahrg.) Eugen Kay, „der Liberalismus verliere jedes Recht auf selbständiges Leben, wenn er nicht gewisse individualistische Gesichtspunkte gegenüber sozialistischen Ueberpannungen schützt und verteidigt.“ Aber als es sich offenbarte, daß dieser Versicherungsgedanke bei den breiten Massen immer populärer wurde, stellte sich eben derselbe Liberalismus an die Spitze derer, die nach immer größerer Ausdehnung der Versicherungsgesetzgebung riefen. Das ist liberale Heberzeugungstreue.

Zum Glück bleibt es schließlich doch mehr als zweifelhaft, ob alle diese unehrlichen, unaufrichtigen Wandlungen und Modifikationen der fortschrittlichen Volkspartei auch nur das geringste nützen werden. Die Bauern werden wohl schwerlich auf sie hereinfallen. Wenn sie ihre landwirtschaftlichen Interessen vertreten sehen wollen, dann brauchen sie sich doch wirklich nicht gerade eine Partei wie die fortschrittliche Volkspartei auszusuchen, zu der fanatische Freihändler und Gegner der landwirtschaftlichen Schutzzölle, wie Gothein und Kaempff, gehören, und in der wohl auch Großkapitalisten besonders zahlreich vertreten sind. Der jetzigen schützöllnerischen Stellungnahme der einzelnen fortschrittlichen Volksparteiler stellt doch wirklich — um das bekannte Bismarckische Wort anzuwenden — alle und jede „populärliche Sicherheit.“ Die Bauern merken doch auch, wie die Herren Liberalen immer bald wieder aus ihrer landwirtschaftsfeindlichen Rolle herausfallen, und sie sind bisher auch

stets verständig genug gewesen, das Unaufrichtige solcher volksparteilichen „Wandlungen“ zu durchschauen. Der so schützliche liberale Pfarrer Krell muß noch immer vor der Tür des Reichstages auf Einlaß warten, trotzdem er — bald eine fomihe Figur — bereits dreimal kandidiert hat: in Darmstadt-Großgerau, in Alzei-Bingen und jüngst in Gießen-Nidda-Grünberg. Und als die Volksparteiler aus Würtemberg 1902 sogar für die landwirtschaftlichen Schutzgölle im Zolltarif stimmten, da konnten sie mit dieser Verleugnung früherer Parteigrundsätze doch nicht verhindern, daß der Bund der Landwirte 1903 und 1904 vier alte volksparteiliche Sitze gewann: 1. Heilbronn-Bradenheim, 2. Böblingen-Leonberg, 3. Hall-Dehringen, 4. Crailsheim-Gerabronn. Heilbronn namentlich war ein alter demokratischer Sitz, 1881—1893 stets volksparteilich vertreten; Böblingen-Leonberg gehörte 1890—1903 der Volkspartei; Hall-Dehringen und Crailsheim-Gerabronn waren beide 1890—1903 volksparteilich vertreten gewesen. Und alle diese Kreise gingen, vielfach sogar nach jener selbstverleugenden, landwirtschaftsfeindlichen Abstimmung der schwächlichen Volkspartei, an den Bund der Landwirte verloren.

**Braunwein-Boycott und Finanz-Reform.**

Offiziös wird geschrieben:  
Die obfalligen Urteile über die neuen im Jahre 1909 eingeführten Zölle und Steuern, die noch immer nicht zur Ruhe kommen wollen, berufen sich auf die Mindereinnahme aus der Brauntweinverbrauchsabgabe, deren Ertrag im Rechnungsjahre 1910 um rund 27 Millionen Mt. hinter dem Etatsanschlag zurückgeblieben ist. Dieser Umstand wird als Zeugnis für die Behauptung benutzt, daß die letzte Reichsfinanzgesetzgebung einen Mißerfolg darstelle. Schwierig kann eine weniger haltlose Behauptung aufgestellt werden. Die Mindereinnahme aus der Brauntweinverbrauchsabgabe bemisst für den Wert oder Unwert der letzten Reichsfinanzreform rein gar nichts, denn die erhebliche Abnahme des Verbrauchs, die sich in der erwähnten Mindereinnahme widerspiegelt, ist selbstverständlich durch die Reichsfinanzreform nicht hervorgerufen worden und konnte durch sie nicht hervorgerufen werden. Sie hat vielmehr ihre Ursache in dem von der sozialdemokratischen Partei mit großer Energie betriebenen Boykott des Brauntweingenußes und in der zunehmenden Gestalt der Antialkoholbewegung überhaupt. In welchem Umfang die erstere Ursache gewirkt hat, geht aus der amtlichen Statistik über die Brauntweindennerei im deutschen Brauntweinsteuergebiet hervor. Danach sind im Betriebsjahre 1909/10 nahezu 900 000 Hektoliter Brauntwein weniger als im Betriebsjahre 1908/09 in den Verkehr gesetzt worden. Der Rückgang auf den Kopf der Bevölkerung hat 1,4 Liter betragen; auf den Kopf der Bevölkerung kam im Betriebsjahre 1909/10 ein Liter Brauntweinverbrauch von 2,8 Liter gegen 4,2 Liter im Betriebsjahre 1908/09. Diese starke, in keinem früheren Jahre auch nur annähernd eingetretene Verbrauchsabnahme ist zweifellos nicht zum allerleinsten Teil durch die Erhöhung der Verbrauchsabgabe, vielmehr in der Hauptsache durch die planmäßige und, wie man sieht, sehr erfolgreiche Bekämpfung des Brauntweingenußes herbeigeführt. Deshalb ist es völlig unberechtigt, die rückläufige Entwicklung der Brauntweinverbrauchsabgabe als Beweismittel für den angeblichen Mißerfolg der letzten Reichsfinanzreform verwenden zu wollen.

**Preussisches Abgeordnetenhaus.**

\* Berlin, 20. Mai.

**Feuerbestattung — Osmarkepolitik.**

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Abstimmung über das Feuerbestattungsgesetz.  
Zunächst wird § 3 mit dem bereits gestern angenommenen Zentrumsantrag, nach dem die Genehmigung der Regierung zu Anlagen für die Feuerbestattung zu verlagert ist, wenn nicht von den Gemeinden oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften der Antrag hierzu mit mindestens Zweidrittelmehrheit beschlossen wird, angenommen.  
Auf Antrag des Abg. Fischbeck (Fortschritt. Sp.) erfolgt die Abstimmung über das ganze Gesetz namentlich.  
Die Abstimmung ergibt bei einer Stimmenabgabe von 312 Stimmen die Annahme des Gesetzes mit 157 gegen 155 Stimmen. Dafür stimmten die Nationalliberalen, die Freisinnigen, die Sozialdemokraten, die Freikonfessionellen und ein kleiner Teil der Konservativen, dagegen das Zentrum und ein größerer Teil der Konfessionellen.  
Es folgt die Beratung über die Anschließungs-Denkschrift.  
Abg. Wenzel (kons.): Die Friedensbedingungen, die der Polenrechner gestern gestellt hat, sind unannehmbar, denn Preußen ist ein Nationalstaat. Seine Ausführlungen, daß die Anstiedler der Ausmaß der deutschen Bevölkerung seien, weise ich als durchaus unbegründet zurück. Die Anschließungs-Denkschrift darf nicht zu einem Stillstand führen.  
Abg. v. Denitz-Didenburg (freisinn.): Eine Brücke zwischen dem Minister und dem Osmarkeverein ist durch die Erklärung des Ministers, daß die Hälfte des Vereins aus Beamten besteht, unmöglich gemacht worden. Durch die Nichtanwendung des Gesetzes bekommen die Polen ein Gefühl der Sicherheit. Die Anwendung des Enteignungsgesetzes ist geboten, wenn ein deutscher Besitz in polnische Hände übergeht.  
Abg. Dr. Friedberg (nat.): Die gestrigen Ausführungen des Ministers haben unsere Partei schwer enttäuscht. Die Ausführungen erwecken den Verdacht, daß ein veränderter Kurs in der Polenpolitik beabsichtigt ist. Warum erhebt der Ministerpräsident nicht, um zu erklären, daß ein veränderter Kurs nicht beabsichtigt ist? Der Minister wies auf die Beamten im Osmarkeverein hin. Sollen diese Beamten aus dem Verein, der der Träger des Deutschtums in den Osmarken ist, austreten? Die Resonanz, die die Ausführungen des Ministers im Lande fanden, wird ihn nicht im Zweifel lassen, daß man mit seiner Haltung in der Polenpolitik nicht einverstanden ist. (Beifall bei den Nationalliberalen.)  
Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer: Ein Wandel in den Absichten der Regierung über die Osmarkepolitik ist nicht eingetreten. Ich bin der Letzte, der die Freiheit der Beamten

auch in politischer Hinsicht beeinträchtigt. Durch den Artikel „In der Osmarke“ ist das Ansehen der Regierung beeinträchtigt worden. Reichstanzler Fürst Bülow hat im Herrenhause gesagt, daß er hoffe, das Enteignungsgesetz nicht anwenden zu brauchen. Ich war berechtigt, auf diese Erklärung hinzuweisen. Hiermit schließt die Debatte über die Denkschrift. Es folgt die Beratung eines Antrages der Budgetkommission über die Lage der staatlichen Bergwerke. Nächste Sitzung: Montag.

**Die Straßburger Studenten und die Kaiser-Denkmal-Erhüllungsfeier.**

\* Merseburg, 22. Mai.

Es sind schon etliche Jahrzehnte her, als ein russischer Kaiser anlässlich des Besuches des Großherzogs von Weimar den Wunsch äußerte, er möchte einmal die Jenaer Studenten in Wilsch aufstellen sehen. Ja, erwiderte der Großherzog, das müssen wir so machen, doch wir bekannt geben, an dem und dem Tage zu bestimmter Stunde fahre der Jar und der Großherzog durch Jena, und es sei den Studenten strengstens unterlagt, sich auf der Promenade in Wilsch aufzustellen. „Dann kommen sie alle“, fügte der Großherzog hinzu, wenn aber nur der Wunsch des Jaren ausgedrückt wird, die Studenten zu sehen, so kommt vielleicht ein Duzend. So wurde es auch in Wirklichkeit.

In der deutschen Studentenschaft hat von jeher ein Stück gutmütiger Oppositionslust geherrscht, wohl ein Ausdruck des Selbstbewußtseins und des Freiheitsgefühls. Glauben sie sich — mit Recht oder Unrecht zurückgesetzt, so ist die Opposition sobald nicht tot zu machen.

Der Vorfal bei der Denkmals-Erhüllung in Straßburg kann noch immer bei der dortigen Studentenschaft nicht zur Ruhe kommen.

Demgegenüber wird jetzt nachstehende offiziöse Auslassung veröffentlicht:

„Tatsache ist es, daß der Ausschuß der Studentenschaft in seiner Weise von der Militärbehörde verbrüdet worden ist, an der Feier teilzunehmen. Tatsache ist ferner — was in weiteren Kreisen des Publikums nicht bekannt zu sein scheint —, daß die Studenten an Denkmal nicht den ihnen vom Festkomitee angewiesenen Platz eingenommen haben, unter völliger Ignorierung ihres vorher dem Komitee gegebenen Einverständnisses und unter eigenmächtiger Auswahl eines anderen Platzes direkt hinter und zum Teil sogar innerhalb der militärischen Aufstellung, die durch Allerhöchsten Befehl angeordnet war. Da die Aufstellung unmöglich so bleiben konnte und die Studenten dem Eruchen des Vorsitzenden des Denkmalausschusses, den ihnen zugewiesenen Platz einzunehmen, nicht Folge gaben, nachdem ferner auch der Vorsitzende des Denkmalausschusses sich mit der Bitte um Unterstufung an den Kommandanten wandte, machte der kommandierende General und demnachst der Kommandant die Studenten darauf aufmerksam, daß sie den für die Truppen bestimmten Platz räumen müßten. Diese Aufforderung wurde nicht befolgt; die Studenten wichen erst, als ein Absperrungskommando für den der Truppe zugewiesenen Platz befohlen wurde. Auch jetzt stand es ihnen völlig frei, den für sie bestimmten Platz einzunehmen. Bei ruhiger Erwägung seitens der Studenten, die zum Verlassen des Festplatzes in keiner Weise veranlaßt waren, hätte der Zwischenfall wohl vermieden werden können. Waren doch z. B. die meisten Stabsoffiziere und viele Hauptleute, die noch unter Kaiser Wilhelm I. gebient, wegen Platzmangels von der Teilnahme an der Feier überhaupt ausgeschlossen.“

Ist die Darstellung zutreffend, so muß ohne weiteres zugegeben werden, daß die Studenten keinerlei Anspruch auf einen Platz hatten, der für die Aufstellung von Truppen bestimmt war.

**Der Einsturz der Landungsbrücke in Vome.**

\* Hamburg, 20. Mai. Der Brückeneinsturz in Vome in Logo stellt sich als eine überaus schwere Katastrophe dar. Die Brücke ist, wie jetzt feststeht, in ihrer ganzen Länge zusammengebrochen und völlig vernichtet. Nur der Brückenkopf ist stehen geblieben. Man will jetzt versuchen, eine Drahtseilbahn zu errichten, durch die der Verkehr von ein- und auslaufenden Dampfern mit dem Lande notwendig bewerkstelligt werden soll. Im übrigen wird der Verkehr durch die Landungsboote aufrecht erhalten. Ein Funkentelegramm meldet, daß, als die Brücke mit fünf Dampftrassen ins Meer sank, sich gerade 14 beladene Güterwagen darauf befanden, die mit in die See stürzten; sie wurden als gänzlich verloren gelten. Der Bau der Brücke war 1900 begonnen und nach Überwindung mancher Schwierigkeiten 1904 vollendet worden. Ihr Zweck war, das Lande über die Brandungswellen hinweg zu erleichtern, die hart an die Küste schlugen und das Lande und Böden der Waren, von denen immer viel verloren ging, aus den Leichtern noch vor diesen Wellen zu ermöglichen. Früher mußten die Landungsboote oft tagelang warten, wenn die Brandung besonders stark war. Am Ende der Brücke stehen die Zollgebäude; die Dampftrassen laufen auf Schienen, und diese sind mit der Küsten- und den Inlandbahnen in Verbindung. Die Brücke war im Laufe der Jahre verlängert worden. Erneuerungen waren wegen des Verrotens der Eisensteile häufig notwendig.

**Steuerfreiheit der Gehaltsnachzahlungen auf Grund der neuen Besoldungsordnung.**

Die neue Besoldungsordnung vom Jahre 1909 bestimmt in ihrem dritten Paragraphen, daß den in den §§ 1 und 2 dieses Gesetzes enthaltenen Vorschriften über Dienstkommentenaufbesserungen der Beamten rückwirkende Straffrom 1. April 1908 ab beigelegt wird. Infolgedessen wurden zahlreichen Beamten, Lehrern und Geistlichen im Laufe des Rechnungsjahres 1909 für das Jahr 1908 größere Gehaltsnachzahlungen gemacht, die für das Rechnungsjahr 1910 in zahlreichen Fällen für die betreffenden Beamten ein Einkommen ergaben, durch das sie in eine höhere Einkommensteuerklasse aufrückten. Daraus ergab sich von selbst die Frage, ob diese Gehaltsnachzahlungen bei der Veranlagung zur Staats- bzw. Gemeindefinkommensteuer

heranzuziehen seien. Durch einen Erlaß vom 19. Juli 1909 verfügte nun der Finanzminister, daß die Nachzahlungen für die Staatseinkommensteuer nicht in Betracht gezogen werden sollten. Der Erlaß hatte folgenden Wortlaut:

„Die den Beamten, Schullehrern und Geistlichen auf Grund der neuen Besoldungsordnungen für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1908 nachgezählten Beträge sind Vergütungen für die von den Empfängern im Kalenderjahre 1908 geleistete Tätigkeit. Wiewohl die Beträge erst im Kalenderjahre 1909 zur Auszahlung gelangt sind, können sie daher gemäß § 9 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes für das Steuerjahr 1910 nicht für einkommensteuerpflichtig erachtet werden.“

Für die ihnen nachgeordneten Vorständen der Verwaltungskommissionen, welche hiernach zu verfahren haben, sind die erforderlichen Ueberdrucke beigelegt.“

Die Veröffentlichung dieses Erlasses vermochte aber die Meinungsverschiedenheiten darüber nicht zu beheben, ob auch für die Gemeinden die Verpflichtung bestehe, bei der Veranlagung zur Gemeindefinkommensteuer dem Erlaß entsprechend zu verfahren und die Gehaltsnachzahlungen für 1908 ebenfalls frei zu lassen, oder ob sie berechtigt und verpflichtet waren, sie zur Gemeindefinkommensteuer heranzuziehen.

Unbestritten war, daß für die Gemeindebehörden keine formelle Verpflichtung zur Anwendung des Ministerialerlasses ohne sächliche Nachprüfung bestehe. Denn die Verwaltungsgerichte haben in ständiger Rechtsprechung die in § 36 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes enthaltene Voraussetzung für eine selbständige Veranlagung der Gemeinden stets als gegeben erachtet, wenn staats- und gemeindefinkommensteuerpflichtiges Einkommen sich nicht denen, insbesondere also auch bei der Besteuerung von Beamten, denen das Vorrecht der Freilassung vom halben Dienstentkommen gewährnden Verordnung vom 23. September 1867 zuteilt.

Infolge dieser Rechtsfestigkeit haben zahlreiche Gemeindeverwaltungen bei der Heranziehung der Beamten zur Gemeindefinkommensteuer für das Rechnungsjahr 1910 die Gehaltszahlungen mit in Ansatz gebracht, und eine große Zahl von Beamten, die infolgedessen in eine höhere Steuerklasse auferachtet sind, hat daraufhin Klage erhoben, mit der Forderung, daß die Gehaltsnachzahlungen bei der Besteuerung nicht in Rechnung gestellt würden und die Steuer herabgesetzt werde. Die Bezirksauschüsse, die in diesem Rechtsstreite zu entscheiden hatten, haben sich vielfach widersprochen; während die einen sich in ihrem Urteil auf die Seite der klagenden Beamten stellten, haben andere zu ungunsten der Beamten sich schließt gemacht.

In diesen Tagen hatte sich nun auch das Oberverwaltungsgericht als oberste Instanz mit dieser Streitfrage zu befassen. Dessen zweiter Senat erkannte dahin, daß in dem vorliegenden Falle der Gehaltsnachzahlungen der Grundlag, bei einem Beamten gelte als Dienstentkommen eines Jahres alles das, was r in ihm auf Grund seines Amtes erhalte, außer Anwendung zu bleiben habe.

Ähnlich wie in dem oben erwähnten Erlasse des Finanzministers wird dann in dem Urteil noch weiter ausgeführt, daß die Sachlage so zu beurteilen sei, als ob die Gehaltsnachzahlungen auf Grund der neuen Besoldungsordnungen entschieden.

**Politische Ueberblick.**

**Deutsches Reich.**

\* Berlin, 21. Mai. (Sohnnachrichten.) Die Kaiserlichen Majestäten sind nebst der Prinzessin Victoria Luise heute früh um 8½ Uhr nach Wlissingen in See gegangen.

\* Köln, 20. Mai. Der Anbruch anlässlich des übermorgen erwarteten Kaiserbesuches ist überaus stark. Die Polizei hat Verstärkungen aus größeren rheinischen Städten erhalten, besonders ist der Sicherheitsdienst erweitert worden. Die Vorbereitungen für den Kaiserbesuch sind in vollem Gange. Tausende von Handwerkern sind mit der Ausschmückung der Stadt beschäftigt. Die Handwerker werden eine funktvoll ausgearbeitete Platte dem Kaiser im Gürzenichsaale überreichen. Das Wetter ist trübe und regnerisch. Für Montag Abend ist ein Rheineisf und Illumination der Stadt geplant. Die Minister von Breitenbach, von Schorlemer, von Dallwitz und Lenze werden anlässlich des Kaiserfestes in Köln weilen. Eine Anzahl Automobile aus dem Kaiserlichen Automobilpark sind für das Kaiserpaar und Gefolge bereits eingetroffen.

**Lokales.**

\* Merseburg, 22. Mai.

\* Von der kgl. Regierung. Der königliche Regierungs- und Baurat Milliger aus Magdeburg ist zum 15. Mai d. J. an die königliche Regierung in Merseburg versetzt, und ist ihm von diesem Zeitpunkte ab die bei der genannten Regierung neu errichtete Regierungs- und Bauratsstelle des Wasserbauaufsichtstragen worden.

\* Beschäftigung weiblicher Kräfte im Reichspostdienst. Die Annahme von Anwärtern für die mittlere Beamtenschaft bei den Post- und Telegraphenämtern ist vor kurzem eingestellt worden. Während früher alljährlich Tausende von jungen Leuten als Post- oder Telegraphengehilfen angenommen wurden, werden jetzt alle Bewerbungen gänzlich abgelehnt. Um nun bei größeren Postämtern hervorretrenden Bedarf an jungen Beamten decken zu können, werden auf Anordnung des Reichspostamts die bei Postämtern 3. Klasse beschäftigten Postgehilfen und nicht etwaamtlichen Assistenten zurückgezogen und den Postämtern 1. und 2. Klasse überwiehen. In den nachgeordneten Beamtenteilen der kleineren Postämter, also der Postämtern 3. Klasse, sollen künftig, soweit es die Verhältnisse erlauben, ausschließlich weibliche Personen als „Gehilfen“ oder „Schreibhilfen“ beschäftigt werden.

\* Beilegung der alten 50-Pf.-Stücke. Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung am Donnerstag einen Beschluß gefaßt, der den Zweck verfolgt, die bereits seit dem 1. Oktober 1910 außer Kurs gesetzten 50-Pf.-Stücke aus dem Umlauf zu entfernen. Trotdem für diese Münzen eine zweijährige Einziehungssfrist gesetzt war, sind auch heute noch nicht in geringe

Zahl Stücke in Umlauf, wodurch die Geldempfangen an öffentlichen Kästen und Banken der Gefahr ausgesetzt sind, Verluste zu erleiden. Auf Antrag der Reichsbank sind nunmehr die öffentlichen Kästen angewiesen, alle zur Vorlage kommenden 50-Pf.-Stücke durch einen Einschnitt zu kennzeichnen. Der Einschnitt erhält also seine am Rand eingesehnten Münze zurück, die hierdurch ohne weiteres als außer Kurs gesetzt erkennbar ist. Eine gleiche Maßregel ist auch im vorigen Jahre für die noch im Umlauf befindlichen Talersstücke vom Bundesrat beschlossen worden.

\* Nachfroß. In der Nacht von vorgestern auf gestern sank das Thermometer 5 Grad unter Null. Viele Kartoffeln und Witten sind erfroren, stellenweise hat es gereist.

\* Ueber den Abbruch des „Koten Hirsch“-Grundstücks, die Neubebauung desselben oder die Freilassung des Platzes bis im Zuge der Kleinen Ritterstraße, über das Ritz'sche Nachbargrundstück zc. laufen in unserer Stadt förmliche Gerichte um, daß man tagtäglich gänzlich unzutreffende Artikel in den Zeitungen lesen kann. Alle diese Gerüchte sind mit größter Vorsicht aufzunehmen, Tatsache ist nur (wie wir durch den Interessenten, Herrn Dobkowitz erfahren), daß durch eine Umarbeitung der Projekte eine kleine Verzögerung eingetreten ist. Von einem vorläufigen Abwarten kann gar keine Rede sein, im Gegenteil sind die mit der Anfertigung der Projekte betrauten Architekten stets und ständig zu möglichster Befriedigung der Sache gedrängt worden. Bebauet wird die gesamte Fläche mit Ausnahme des zur Verbreiterung der Straße an die Stadt abgetretenen Terrains freiliegen.

\* Abbruch. Das neben der Gasanstalt gelegene Haus, Ede Hof- und Dammstraße, ist nunmehr gänzlich niedergelegt.

\* General-Appell chemal. 72er. Am nächsten Donnerstag, Simmelfahrt, findet hiersebst ein General-Appell ehemaliger Angehöriger des 72. Infanterie-Regts. statt, zu dem die Anmeldebücher zahlreich eingehen.

\* Musikfest in Halle. Vorgestern und gestern wurde in Halle, das Flaggenschieß angelegt, ein Fest musikalischer Musik, Beethoven'sche Kompositionen, begangen, das sich sehr starken Besuchs, auch von auswärtigen, zu erfreuen hatte. Vorgestern abends spielte im Stadtheater das Philharmonische Orchester aus Berlin, unter Leitung des Kapellmeisters Meieritz (Halle) das Cdur-Konzert, Opus 56, als Solisten traten auf die Herren Arthur Schnabel, Professor Klingler und Arthur Williams. Die Leistungen waren glänzende und ernteten stürmischen Beifall. Gestern fand in der „Lage zu den 3 Degen“ eine Kammermusik-Matinee und abends, wiederum im Stadtheater, die Aufführung der „Missa solemnis“ — 700 Mitwirkende, davon 400 im Chor — auf der Bühne amphitheatralisch gruppiert — statt, unter Löwe's (Wien) Leitung. Die Aufführung blieb den großen Anforderungen, die Beethoven der Missa zu Grunde legt, nichts schuldig, wenn auch die Chorleistungen hinter denen des Dirigenten und der Solisten zurückblieben. Am Schluß der Missa wurde Ferdinand Löwe lebhaft gefeiert und ihm Kranzspenden überreicht. Das Haus war mit Gästen aus Halle, Leipzig, Wien, Berlin usw. schon lange ausverkauft.

### Provinz und Umgegend.

\* Esfurt, 19. Mai. Der Vorstand des Verschönerungsvereins läßt gegenwärtig in dem Buchenhain oberhalb des Kellergrundweges im Steigerwald Bänke von 240 Sitzplätzen

### Ämtliche Bekanntmachungen.

#### Bekanntmachung.

bez. die Errichtung einer Zwangsinnung für das Steinseker-Handwerk für das Regierungsbezirk Merseburg mit dem Sitz in Halle a. S. Hierdurch mache ich bekannt, daß die Neuerungen für oder gegen die Errichtung einer Zwangsinnung für das Steinseker-Handwerk für den Regierungsbezirk Merseburg mit dem Sitz in Halle a. S., mit Ausnahme der Kreise Wittenberg, Zörgau, Viehmerda und Schweinitz, schriftlich bis zum 27. Mai 1911, oder mündlich zum Tage der Bekanntmachung ab bis zu obigen Zeitpunkte bei mir abzugeben sind. Die Abgabe der mündlichen Neuerungen kann während des angegebenen Zeitraumes werktäglich von 8—1 Uhr vormittags in dem Bureau für Innungssachen, Stadthaus, Schmerstraße 1 I Lts, erfolgen. Ich fordere hierdurch alle Handwerker, welche das oben bezeichnete Handwerk selbstständig mit mindestens 1 Gesellen oder Lehrling betreiben, zur Abgabe ihrer Neuerungen

auf. Es sind nur solche Erklärungen gültig, die erkennen lassen, ob der Erklärende der Errichtung der Zwangsinnung zustimmt oder nicht. Neuerungen, welche nach Ablauf des obigen Zeitpunktes eingehen, müssen unberücksichtigt bleiben. Eine Neuerung ist auch von denjenigen Handwerkern abzugeben, die den Antrag auf Errichtung der Zwangsinnung gestellt oder unterstützt haben. Halle a. S., den 11. Mai 1911. gez. Dr. Hoffmann, Magistrats-Assessor, als vom Königlichen Regierungs-Präsidenten beauftragter Kommissar.

Vorstehende Bekanntmachung ist in den Stadt- und Landgemeinden des Kreises in ortsüblicher Weise bekannt zu machen. Merseburg, den 17. Mai 1911. Der Königliche Landrat. 3 B. Mango Id. Regierungs-Assessor.

Bekanntmachung. Die Herrn Gemeinde- und Gutsvorsteher mache ich auf die genau

anbringen. In diesem Waidbidjoll soll enSonntags Waidgottesdienste abgehalten werden.

### Gerichtszeitung.

\* Leipzig, 19. Mai. Die Leipziger Strafammer beurteilte heute den bekannten Reformen Fröhlich, den Herausgeber der antisemitischen Halbmontatschrift der „Sammer“, wegen Beschimpfung der jüdischen Religionsgemeinschaft zu 10 Tagen Gefängnis. \* Schandau, 18. Mai. In der heutigen Sitzung des Schöffengerichts wurde u. a. folgendes verhandelt: Der Oberleutnant Hermann Bilbe aus Leipzig fuhr am Nachmittag des 27. März in Gemeinschaft mehrerer Freunde mit der Außenbahn nach hier. Beim Aussteigen aus der Bahn äußerte er sich über den dort dienstunfähigen Polizeibeamten Stein in beleidigender Weise, indem er über dessen körperliche Umfang äußerst anstößige Bemerkungen machte. Der Beamte erlittete Mißgehe und wurde für Bilbe 10 Mt. Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis beauftragt. Das Gericht hielt zwar eine schwere Beleidigung für vorliegend, maß den Worten aber mehr den Grund eines unpoliten Scharzes bei, den Bilbe zu seinen Mitbegleitern äußerte und der sich erst indirekt auf den Schuttmann bezogen habe. Erkenntnis wurde auf eine Geldstrafe von 30 Mt. oder 6 Tage Gefängnis, Ertragung der Kosten und Publikationsbefugnis des beleidigten Beamten.

### Bermischtes.

\* Leipzig, 20. Mai. Eine bemerkenswerte Entscheidung, die besonders für Ärzte von großer Tragweite sein dürfte, fällt der 3. Zivilsenat des Reichsgerichts. Es gehört bekanntlich zu den bestrittensten Fragen des bürgerlichen Rechts, ob der Arzt für fehlerhafte Behandlung eines Patienten schadenhaftig gemacht werden kann. Man lag vor kurzem dem Reichsgericht folgender Fall vor: Ein Arzt hatte zur Heilung einer Drüsenentzündung eine Patientin gebohrt und dadurch eine Entzündung des Körpers herbeigeführt. Nach dem Gutachten medizinischer Autoritäten soll diese Behandlungsweise, die übrigens mit großen Schmerzen verbunden war, infolge dessen kein und wissenschaftliche Grundbegriffe verstoßen haben. Ueberdies wurde festgestellt, daß die Patientin und deren Angehörige mit der vom Arzt gewählten Behandlungsweise nicht einverstanden gewesen waren. Das Reichsgericht beurteilte den Arzt nicht bloß zum Erfolg des durch die falsche Behandlungsweise der Patientin erlittenen Schadens, sondern auch zur Bezahlung einer erheblichen Summe als Schmerzensgeld an die Klägerin. Das Reichsgericht ließ sich dabei (vgl. Recht 1911, Nr. 9) von folgenden Erwägungen leiten: „Der Arzt ist kraft seiner Berufsverpflichtung, bei der Behandlung Kranker Ratsfehler und Verfehle gegen die medizinische Wissenschaft zu vermeiden, auch er muß zu dem behandelten Kranken in einem Vertrauensverhältnis stehen oder nicht. Der Arzt hatet demgemäß, wenn er unter Bezeugung dieser Berufspflicht das Leben, den Körper oder die Gesundheit missachtet verleiht, dem Betroffenen für Schadenersatz nach § 223 Abs. 1 des B.G.B., insbesondere auch für Erfolg des nicht vermögensrechtlichen Schadens (Schmerzensgeld) nach § 847 des B.G.B. Die Widerrechtlichkeit und demgemäß die Haftbarkeit des Arztes ist nur ausgeschlossen, wenn und soweit der Kranke oder sein gesetzlicher Vertreter in die Bezeugung eingewilligt hat.“

\* Berlin, 21. Mai. Zur Erinnerung auf seine geschiedene Frau hat der 44jährige Mechaniker Konrad Dreier das Leben genommen, der vor kurzem von Mißereishof nach Berlin gekommen war. Vergeblich versuchte er sich seiner hier lebenden früheren Gattin wieder zu nähern. Sie wies ihn zurück, und er stürzte sich daher in der Nähe des Ziegler Sees in die Babel und ertrank. Die Leiche wurde heute darauf gehoben.

\* Innsbruck, 19. Mai. Großes Aufsehen erregt in Innsbruck die Verhaftung der früheren bekannten Primadonna der Dresdener Oper, Maria Seifert, die wegen Erpressung ins Landgerichtsgefängnis eingeliefert wurde. Die Seifert wohnte seit Jahresfrist in Innsbruck und erzielte gefangenen Interieur. Sie konnte zahlreiche Anverwandte besser Familien zu ihren Schwestern zählen. Von Innsbruck aus begann die Sängerin von einem reichen Züricher Fabrikanten, mit dem sie früher in Beziehungen gestanden hatte, unter Androhung eines öffentlichen Skandals Geld zu erpressen. Sie setzte sich, als sie den Zweck nicht erreichte, mit dem Heiratgeber eines Züricher Revolververhältnisses in Verbindung. Die eine private Interaktion eines Anwaltens erfolgte hier, erlittete der Fabrikant eine Drahtanzeige gegen den Herausgeber des Mittelblätters, der in Zürich verhaftet und ins dortige Gerichtsgefängnis eingeliefert wurde, und gegen die Seifert, deren Verhaftung in ihrer Innsbrucker Wohnung erfolgte.

Beachtung der am 1. Nov. 1900 überlieferten Anweisung, betreffend die Errichtung von Zeugnissen vor dem Gemeinde- oder Gutsvorsteher, hiermit besonders aufmerksam. Merseburg, den 18. Mai 1911. Der Königliche Landrat. Graf v. Hausdoville.

### Jagdverpachtung.

Gemäß § 21 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß die Pflanzung der Jagd in dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk der Stadtgemeindefreie Merseburg, der mit Genehmigung des Bezirksausschusses zu Merseburg in einen nördlichen etwa 968 ha großen und einen südlichen etwa 378 ha großen Bezirk zerlegt worden ist, auf die Dauer von 6 Jahren, beginnend mit dem 1. Juni 1911, durch öffentliches Ausruf verpachtet werden soll. Verpachtungstermin ist auf: Dienstag den 23. Mai 1911, Vormittags 11 Uhr im Ausschusszimmer des Magistrats, Rathaus 1 Treppe anberaunt. Die Sachbedingungen liegen im

Magistratsbüro, Rathaus 1 Treppe aus. Merseburg, den 19. April 1911.

### Der Jagdvorsteher.

Bei einem Pferde des Rittergutsbesitzers B. Burkhardt in Zöllsch ist die Bornasche Krankheit ausgebrochen. Köthen, den 21. Mai 1911.

### Der Amtsvorsteher.

Burkhardt.

### Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Zöllsch belegene, im Grundbuche von Zöllsch Band 8 Blatt 181 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Arbeiters Franz Wittenberg in Zöllsch eingetragene Grundstück Wohnhaus mit Hofraum Hüslernobung Nr. 64, unermessen, mit 45 Mark Gebäudeversicherungswerte am 15. Juli 1911, Nachmittags 4 Uhr durch das unterzeichnete Gericht in Zöllsch im Verkauf zum Steier versteigert werden. Merseburg, den 17. Mai 1911. Königliches Amtsgericht.

### Automobil-Chronik.

\* Mühlacker, 20. Mai. Ein betagteswertes Automobilflügel ereignete sich durch ein unbelichtetes Sanduhrwerk bei Mühlacker Donnerstags nachts. Ingenieur Käfer von Pörsheim fuhr mit seinem Auto von Stuttgart kommend gegen Mühlacker und ließ dabei mit einem unbelichteten Sanduhrwerk festig zusammen, daß ihm die Deichsel des rechten Lenkhebels und seinen sofortigen Tod herbeiführte. Von den Mitfahrern wurden zwei Baumunternehmer schwer verletzt, ein dritter kam mit dem Schreden davon. Beide Fahrzeuge wurden zerstört. \* Karlsruhe, 20. Mai. In der Nähe des Karlsruher Forstortes Klippur ereignete sich heute nachmittags gegen 7 1/2 Uhr eine schwere Automobilkatastrophe. Ein Zug der elektrischen Lokalbahn Karlsruhe-Spreenstraße freuzte in voller Fahrt zwischen Ettlingen und Klippur die Landstraße, die hier durch eine Schranke geschützt ist. Im gleichen Moment fuhr in rasendem Tempo ein aus Mannheim kommendes Automobil mit drei Insassen auf der Landstraße heran und verlor, obgleich der Zugführer Signale gab, nach vor dem Zug das Gesteig zu passieren. Dabei stante das Auto mit voller Wucht mit dem schweren Motorwagen zusammen. Das Auto wurde vollständig zertrümmert. Der Chauffeur Emil Vogt aus Mannheim und die beiden Insassen, der Besitzer der Automobilzentrale in Mannheim Reumeyer und ein Herr Rosenthal aus Mannheim, wurden glücklich verunglückt und waren sofort tot. Der Motorwagen des Zuges wurde nur leicht beschädigt, der Zugführer trug einige Verletzungen durch Glasplitter davon.

### Der französische Kriegsminister Verteaux f.

\* Paris, 21. Mai. Beim Start zum Fernflug Paris—Madrid ereignete sich jedoch ein schwerer Unfall. Zwei Aviatiker hatten das Flugfeld von Hipples-Moulinaux bereits verlassen, als der Aviatiker Train mit einem Passagier auf einem Eindecker eigener Konstruktion aufstieg und eine Proberrunde flog. Der Motor funktionierte schlecht, und Train wollte aus geringer Höhe wieder zu Boden gehen. Als er einer Absteigung kürzester, die über das Feld ritt, ausweichen wollte, machte er eine zu scharfe Kurve, der Apparat kippte und stürzte in eine Gruppe, in der sich u. a. der Ministerpräsident, der Kriegsminister mit seinem Sohn und der bekannte Sportsman Deutsch de la Meurthe befanden. Kriegsminister Verteaux wurde von der Schraube getroffen und tödlich verletzt. Ministerpräsident Monis erlitt schwere, aber nicht lebensgefährliche Wunden. Verteaux, dem ein Arm ausgerissen war, starb unmittelbar darauf. Der Flieger und sein Passagier blieben unverletzt.

\* Paris, 21. Mai. Bei der Abfahrt der Aeroplane zur Fernfahrt Paris-Madrid, die heute früh nach sechs Uhr vom Flugfeld Hipples-Moulinaux vor sich gehen sollte, fuhr der Aviatiker Train, als er nach einem kurzen Verweilen auf der Erde niedergehen wollte, aus 20 Meter Höhe plötzlich in die Gruppe der Minister und Ehren Gäste, die nebst 200 000 Zuschauern dem Schauspiel beimohnen wollten. Der französische Kriegsminister Verteaux wurde durch den Apparat auf der Stelle getötet, der Ministerpräsident Monis sehr schwer verwundet.

\* Paris, 21. Mai. Ministerpräsident Monis, der von vollem Bewußtsein ist, dem man aber bisher den Tod Verteaux verheimlicht hat, unterzeichnete nachmittags einen Erlaß, der den Minister des Äußeren Cruppi mit der zeitweiligen Führung des Kriegsministeriums betraut.

### Telegramme und letzte Nachrichten.

\* Berlin, 22. Mai. Auf dem Gürtler Bahnhofe ist die Eisenbahndirektion großen Unterforschungen auf die Spur gekommen, die von einem Assistenten und einer Assistentin ausgeführt worden sind. Die Assistentin ist flüchtig, der Assistent ist verhaftet worden; er betrieht, mit der Assistentin im Einvernehmen gehandelt zu haben. Die Unterforschungen beziffern sich auf etwa 16 000 Mark.

Auf Rittergut Adrbsdorf ist unter dem Verbleibstand der Zuckerfabrik die Infuenza ausgebrochen. Frankfurt, den 20. Mai 1911.

### Private Anzeigen.

#### Slavierstimmen

2 Mt. Ionie Reparaturen äußerst billig führt aus R. Meckort Ob. Barack. 11.

Ganze Namen auch Vornamen von oben zum Buchen von Wäldchen angefertigt. H. Schnee Nachf. Halle a. S., Gr. Steinstr. 84

#### Germanische Fischhandlung.

Empfehle frisch auf Eis: Schellfisch, Schollen, Cabellau, Häklinge, Hildern, Aal, Raubheringe, geräucherter Schellfisch, Brauerheringe, Sardinen, Marinaden, Riktkonerven, Citronen. W. Krämer.

**Für den Pflingst-Bedarf.**  
Außergewöhnlich billiger Verkauf in allen Abteilungen.  
Otto Dobkowitz, Merseburg, Entenplan 11. Telf. 58.  
Geschäftshaus für Konfektion, Modewaren und Aussteuer-Artikel.

13. Ziehung 5. Klasse 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 20. Mai 1911, vormittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern Klammern beigefügt.

Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose (b oder c) Abteilungen. (Ohne Gewähr.)

Table with lottery numbers and prizes for the 5th class of the Prussian lottery, including various prize amounts and winning numbers.

13. Ziehung 5. Klasse 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 20. Mai 1911, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern Klammern beigefügt.

Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose (b oder c) Abteilungen. (Ohne Gewähr.)

Table with lottery numbers and prizes for the 5th class of the Prussian lottery, including various prize amounts and winning numbers.

13. Ziehung 5. Klasse 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 20. Mai 1911, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern Klammern beigefügt.

Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose (b oder c) Abteilungen. (Ohne Gewähr.)

Table with lottery numbers and prizes for the 5th class of the Prussian lottery, including various prize amounts and winning numbers.

Werbeburger Kreisblatt nebst Wulst Sonntagsblatt

Table with lottery numbers and prizes for the 5th class of the Prussian lottery, including various prize amounts and winning numbers.

Werbeburger Kreisblatt nebst Wulst Sonntagsblatt

Table with lottery numbers and prizes for the 5th class of the Prussian lottery, including various prize amounts and winning numbers.

Werbeburger Kreisblatt nebst Wulst Sonntagsblatt

Table with lottery numbers and prizes for the 5th class of the Prussian lottery, including various prize amounts and winning numbers.

Advertisement for Otto Heilmann, Tel. 240, featuring a cow and text: 'bon Mittwoch den 24. d. M. steht ein Transport beßer und schwerer hochtragender Kühe und Käber...'.

Advertisement for Gemeindefällige Ortskrankenkasse: 'Ordentliche General-Verammlung Dienstag, den 23. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr...'.

Advertisement for Ein Kräftigender für ältere Leute: 'ist Kasserler Hafer-Kakao. Er bessert die Blutschaffenheit, regt die Norventätigkeit an...'.

Advertisement for Bertilung der Hamster: 'Durch Verfügung des königlichen Landrats sind die folgenden Hamster...'.

Advertisement for Das Feldmote: 'Galle a. Z. 20. Mai 1911 Bericht über den Erfolg...'.

Advertisement for Das Feldmote: 'Galle a. Z. 20. Mai 1911 Bericht über den Erfolg...'.

Advertisement for Das Feldmote: 'Galle a. Z. 20. Mai 1911 Bericht über den Erfolg...'.

Advertisement for Das Feldmote: 'Galle a. Z. 20. Mai 1911 Bericht über den Erfolg...'.

Advertisement for Das Feldmote: 'Galle a. Z. 20. Mai 1911 Bericht über den Erfolg...'.

Kirchenverpachtung.

Die diesjährige Kirchnutzung der hiesigen Gemeinde soll Montag, den 29. d. Mts. nachmittags 1 Uhr im Ratshofe öffentlich meistbietend gegen Verzahlung verpachtet werden.

Bedingungen im Termine. Ratsden, den 22. Mai 1911. Der Gemeindevorstand.

Kirchenverpachtung.

Die diesjährige Kirchnutzung soll Montag, den 29. d. Mts. nachm. 5 Uhr im Gasthofe öffentlich meistbietend gegen Verzahlung verpachtet werden. Ober-Beuna, den 22. Mai 1911. Der Gemeindevorstand.

Kirchenverpachtung.

Die diesjährige Kirchnutzung auf den hiesigen Kommunal-Anlagen und zwar: a, auf der Werbeburger-Clobigauerstraße bis zur Grenze der Werbeburger Flur, b, auf dem Gerichtsstraßen bis zur Landfischer-Caulsee und auf dem Wege längs der Eisenbahn vor dem Kaufer, c, auf der Kriegelbaderstraße von der Landfischer-Caulsee bis zur Werbeburger-Knappendörfer Flurzone und auf dem Kommunikationswege von der Landfischer-Caulsee nach der Kriegelbaderstraße, d, auf der Werbeburger-Geusa-Fischerbenerstraße bis zur Werbeburger Flurzone,

Bedingungen im Termine. Ratsden, den 22. Mai 1911. Der Gemeindevorstand.

Kirchenverpachtung.

Die diesjährige Kirchnutzung auf den hiesigen Kommunal-Anlagen und zwar: a, auf der Werbeburger-Clobigauerstraße bis zur Grenze der Werbeburger Flur, b, auf dem Gerichtsstraßen bis zur Landfischer-Caulsee und auf dem Wege längs der Eisenbahn vor dem Kaufer, c, auf der Kriegelbaderstraße von der Landfischer-Caulsee bis zur Werbeburger-Knappendörfer Flurzone und auf dem Kommunikationswege von der Landfischer-Caulsee nach der Kriegelbaderstraße, d, auf der Werbeburger-Geusa-Fischerbenerstraße bis zur Werbeburger Flurzone,

Bedingungen im Termine. Ratsden, den 22. Mai 1911. Der Gemeindevorstand.